



23. November 2016

Gemeinsame Presseinformation von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und SSW

Jakobskreuzkraut:

Maßnahmen der Landesregierung sind zielführend

Zur heutigen (23. November 2016) Beratung im Umwelt- und Agrarausschuss über den Antrag der CDU zur Bekämpfung des Jakobskreuzkrautes sagen die umweltpolitischen SprecherInnen der Landtagsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und SSW, **Sandra Redmann**, **Marlies Fritzen** und **Flemming Meyer**:

Wir begrüßen die in Zusammenhang mit dem Jakobskreuzkraut getroffenen Maßnahmen der Landesregierung. Wir halten diese für zielführend. Durch das Angebot an die ImkerInnen, ihre Sommerhonige auf Gehalt von Pyrrolizidinalkaloide (PA) untersuchen zu lassen, hat die Landesregierung den ImkerInnen eine wertvolle Hilfestellung gegeben. Jakobskreuzkraut ist eine heimische, natürlicherweise vorkommende Pflanze. Neben dieser gibt es eine Reihe weiterer heimischer Pflanzenarten, die PA enthalten, zum Beispiel Borretsch und Wasserdost.

Wir begrüßen ebenfalls die Aktivitäten der Stiftung Naturschutz. Diese hat eindrücklich unter Beweis gestellt, dass sie ein Teil der Lösung ist und nicht das Problem: Durch die Einrichtung eines Kompetenzzentrums, durch Beratung der ImkerInnen durch Sachkundige und durch Maßnahmen zur Eindämmung des Jakobskreuzkrautes, die dem Schutzziel der Flächen angepasst sind.

Die Anhörung im letzten Umwelt- und Agrarausschuss am 2. November hat gezeigt: Die von der CDU geforderten Maßnahmen sind zum Teil schlicht nicht durchführbar, zum Teil nicht zielführend und zum Teil überflüssig, da die Landesregierung und andere AkteurInnen bereits in diesem Sinne tätig sind.

Eine Bekämpfung des Jakobskreuzkrautes auf Naturschutzflächen mit Pestiziden wäre mit dem Schutzzweck der Fläche nicht vereinbar. Überdies lehnt das auch der Imkerverband ab. Durch häufiges Mähen werden Pflanzen eher gestärkt und die Ausbreitung gefördert. Viele Stiftungsflächen sind sehr artenreich und bieten den Bienen mit teilweise mehr als hundert unterschiedlichen Blütenpflanzen auf einer Fläche ein Nahrungsangebot, welches sie woanders nicht mehr vorfinden.

Den Antrag der CDU lehnen wir daher ab. Wünschenswert wäre, dass auch die Landwirtschaft durch vielfältigere Fruchtfolgen, durch sachgerechte Knickpflege und durch standortangepasste Grünlandnutzung dazu beiträgt, das Blühangebot für Honigbienen, Wildbienen und andere Insekten in der Landschaft zu erhöhen. Einige Landwirte tun dies bereits sehr engagiert, aber leider noch zu wenige. Bienen finden heutzutage mehr Nahrungsangebot in den Städten als in der Agrarlandschaft. Dies sollte uns zu denken geben.

SPD-Fraktion
Pressesprecherin
Petra Bräutigam
Tel. 0431 / 988 - 1305

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Pressesprecherin
Claudia Jacob
Tel.: 0431 / 988 – 1503

SSW
Pressesprecher
Per Dittrich
Tel.: 0431 / 988 - 1383